

 **Bundesministerium**
Soziales, Gesundheit, Pflege
und Konsumentenschutz

Bericht gem. § 3 Abs. 5 COVID-19-FondsG

des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und
Konsumentenschutz an den zuständigen Ausschuss des Nationalrats über das
Kalenderjahr 2024 (Jänner bis April 2024)

Wien, im Juni 2024

COVID-19-FondsG-Berichterstattung

Berichtszeitraum: Jänner bis April 2024

Der aktuelle Bericht stellt die laufende Vollzugsmeldung bis zum April 2024 in der bewährten Form der tabellarischen Übersichten dar.

1. UG 21 – Soziales und Konsumentenschutz

Titel	Covid-19 Gesetz Armut (DB 21.01.04.00)
Im BFG 2024 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2024 18.000.000,00 € im Jahr 2021 2.000.000,00 € im Jahr 2022
Beschreibung der Maßnahmen	Die bereitgestellten Mittel wurden für Förderungen von gemeinnützigen Organisationen im Rahmen der Sonderrichtlinie „COVID-19-Armutsbekämpfung“ eingesetzt. Folgende Projektträger wurden insgesamt mit 19.687.017,04 € gefördert: • Big Brothers Big Sisters Österreich • JUNO • FOOTPrint – Betreuung, Freiraum & Integration für Betroffene von Frauenhandel & Gewalt • Caritas Österreich • Neunerhaus – Hilfe für obdachlose Menschen • BAWO – Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe • RepaNet – Re-Use- und Reparaturnetzwerk • ABZ* Austria Verein zur Förderung von Arbeit, Bildung und Zukunft von Frauen • ISOP Innovative Sozialprojekte GmbH • Volkshilfe Solidarität • Fremde werden Freunde • Hilfswerk Österreich • Diakonie Eine Welt - Sozialministerium • Die Armutskonferenz • Verband der österreichischen Tafeln • Bundesgemeinschaft Freie Wohlfahrt Bei den folgenden gemeinnützigen Organisationen, die im Jahr 2021 im Rahmen der ARR 2014 Förderungen erhalten haben,

	erfolgte nach Abrechnung im Jahr 2024 die Rückzahlung von nicht anerkannten Fördermitteln: - BAWO- Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe Sämtliche Förderungen werden zur COVID-19 bedingten Armutsbekämpfung verwendet. Die geförderten Projekte weisen folgende Schwerpunkte auf: - Bekämpfung der sozialen und armutsrelevanten Folgen der COVID-19-Pandemie auf Kinder und Jugendliche - Medizinische und psychosoziale Basisversorgung für mehrfach vulnerable Personengruppen im Kontext der COVID-19 Pandemie - Gewaltprävention und Gewaltschutz im Kontext der COVID-19 Pandemie - Unterstützung bei COVID-19 bedingter oder drohender Wohnungslosigkeit Gesetzliche Grundlage: Die Erstellung der Inhalte der Sonderrichtlinie „COVID-19 Armutsbekämpfung“ erfolgte auf Grundlage der zwischen dem Bundesminister für Finanzen und dem Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz im Oktober 2020 geschlossenen Vereinbarung im Rahmen des COVID-19-Gesetz-Armut, wonach 20 Mio. € aus dem COVID-19 Krisenbewältigungsfonds für Projektförderungen an gemeinnützige Organisationen zur Milderung der sozialen und armutsrelevanten Folgen der COVID-19 Pandemie auf armuts- und ausgrenzungsgefährdete Personen verwendet werden sollen.									
Materielle Auswirkungen	Bereits vor der Pandemie im Jahr 2019 waren laut EU-SILC 1.472.000 Menschen (16,9 % der Gesamtbevölkerung) armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Durch die Folgen von COVID-19 droht längerfristig ein Anstieg der Armutsgefährdung. Die geförderten Projekte sollen daher die Unterstützung von armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Personen gewährleisten, die von den Folgen der COVID-19 Pandemie besonders betroffen sind. Mit den o.g. Projekten soll ein Beitrag zur Abfederung der sozialen Folgen der Krise geleistet werden, deren Tragweite nach wie vor nicht vollständig abschätzbar ist.									
Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2024 von den angeführten NGO's rücküberwiesen (Beträge in €): <table><tr><td></td><td>Vormonate</td><td>April 2024</td></tr><tr><td>Summe</td><td>-112.861,67</td><td>0,00</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">-112.861,67</td></tr></table>		Vormonate	April 2024	Summe	-112.861,67	0,00	Gesamt	-112.861,67	
	Vormonate	April 2024								
Summe	-112.861,67	0,00								
Gesamt	-112.861,67									

2. UG 24 - Gesundheit

Titel	Kosten Epidemiegesetz (DB 24.01.01.00)
Im BFG 2024 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	412.907.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für sämtliche Zahlungen im Zusammenhang mit dem Epidemiegesetz)
Beschreibung der Maßnahmen	Gemäß § 36 Abs. 1 Epidemiegesetz 1950 sind bestimmte klar definierte Kosten aus dem Bundesschatz zu bestreiten. Kostenersätze gemäß § 36 Abs. 1 Epidemiegesetz 1950, im Zusammenhang mit COVID-19, wurden allen Bundesländern sowie der AGES gewährt. Die Vollziehung des Epidemiegesetzes erfolgt in den Bundesländern in mittelbarer Bundesverwaltung nach Art. 102 B-VG. Gesetzliche Grundlage: Epidemiegesetz 1950 COVID-19-ScreeningV (BGBl. II Nr. 142/2022)
Materielle Auswirkungen	Kostenersätze gemäß § 36 Abs. 1 Epidemiegesetz sind im Berichtszeitraum gemäß folgender littera aus dem Bundesschatz bestritten worden: a) die Kosten von Screeningprogrammen nach § 5a; b) die Kosten der in staatlichen Untersuchungsanstalten nach § 5 vorgenommenen Untersuchungen; d) die Kosten der Überwachung und Absonderung; ansteckungsverdächtiger Personen (§ 17); f) die Kosten der Vorkehrungen zur Einschränkung des Verkehrs mit Bewohner:innen verseuchter Ortschaften und Niederlassungen (§ 24); g) die Gebühren der Epidemieärzt:innen (§ 27); i) die Vergütungen für den Verdienstentgang (§ 32); n) die Kosten für die Beauftragungen nach § 5 Abs. 4 und § 27a. Kostenersätze für die Ausstellung von Zertifikaten zum Nachweis der Durchführung eines Tests auf eine Infektion, einer überstandenen Infektion und einer Schutzimpfung gem. §§ 4b bis § 4e Epidemiegesetz 1950. Kostenersätze für die Durchführung des Abwassermonitorings (Maßnahme nach § 5a Epidemiegesetz). <u>Anmerkung:</u> Mit BGBl. I Nr. 69/2023 laufen die für die Pandemie relevanten Sonderregelungen des Epidemiegesetzes aus, wurden aufgehoben bzw. in Regelstrukturen übergeführt. Die Kostenersatzpflicht des Bundes für Sachverhalte die vor dem 30.06.2023 stattgefunden haben, bleibt weiterhin aufrecht.

Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2024 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes aufgrund des § 36 Abs. 1 Epidemiegesetz 1950 getätigt (Beträge in €):		
		Vormonate	April 2024
	§36(1) a Screeningprogramme	410.193,58	0,00
	§36(1) b Untersuchungen	4.084.783,50	189.531,99
	§36(1) d Absonderung v. Personen	0,00	0,00
	§36(1) f Verkehrseinschränkungen	0,00	0,00
	§36(1) g Gebühren f. Epidemieärzt:innen	0,00	0,00
	§36 (1) i Verdienstentgang	42.040.229,64	21.192.254,61
	§36(1) n Kosten gem. §5(4)/§27a	1.224.904,02	0,00
	Zertifikate Epidemiegesetz	0,00	0,00
	Sonst. Aufwendungen AGES	0,00	0,00
	Summe	47.760.110,74	21.381.786,60
	Gesamt	69.141.897,34	

Kosten Epidemiegesetz 2024

2024 - gesamt Epidemiegesetz												
Gesamtübersicht Zahlungen COVID-Kosten alle Bundesländer 2024												
(Beträge in €)												
Zahlungen gemäß §36 Abs. 1 Epidemiegesetz 1950:	Wien	Salzburg	Oberöstrerr.	Niederöstrerr.	Burgenland	Steiermark	Kärnten	Tirol	Vorarlberg	AGES	Abwasser	Österreich
a) Screenings	750,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3.020,00	0,00	0,00	10.650,26	395.773,32	410.193,58
b) die Kosten der in staatlichen Untersuchungsanstalten nach § 5 vorgenommenen Untersuchungen;	0,00	443.168,90	0,00	881.177,00	0,00	0,00	0,00	2.479.003,28	183.606,99	287.359,32	0,00	4.274.315,49
d) die Kosten der Überwachung und Absonderung ansteckungsverdächtiger Personen (§ 17);	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
f) die Kosten der Vorkehrungen zur Einschränkung des Verkehrs mit Bewohnern verseuchter Ortschaften und Niederlassungen (§ 24);	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
g) die Gebühren der Epidemieärzte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
i) die Vergütungen für den Verdienstentgang (§ 32);	22.950.940,63	0,00	425.874,03	267.864,91	0,00	19.494.100,55	2.856.843,52	8.513.162,84	8.723.697,77	0,00	0,00	63.232.484,25
n) §27a Beauftragungen	0,00	0,00	1.224.904,02	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.224.904,02
Impfzertifikate Epidemiegesetz	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
AGES sonstiger Aufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Zahlungen 2024	22.951.690,63	443.168,90	1.650.778,05	1.149.041,91	0,00	19.494.100,55	2.859.863,52	10.992.166,12	8.907.304,76	298.009,58	395.773,32	69.141.897,34

Titel	Kosten COVID-19-Zweckzuschussgesetz (DB 24.01.01.00)
Im BFG 2024 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	10.000.000,00 € veranschlagt (gesamthaft veranschlagt für sämtliche Zahlungen im Zusammenhang mit dem Zweckzuschussgesetz und Impffinanzierungsgesetz)
Beschreibung der Maßnahmen	Für bestimmte den Ländern entstandene und klar definierte, zusätzlich aufgrund der COVID-19-Krise entstandene Aufwendungen leistet der Bund einen Zweckzuschuss. Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz über einen Zweckzuschuss an die Länder aufgrund der COVID-19-Krise (COVID-19-Zweckzuschussgesetz) zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 206/2022
Materielle Auswirkungen	Zweckzuschüsse nach dem COVID-19-Zweckzuschussgesetz werden auf Antrag der Länder für nachfolgend genannte Kategorien gewährt: ◦ §1 Abs. 1 Z. 1 – Schutzausrüstung im Zeitraum März 2020 bis Dezember 2022 ◦ §1 Abs. 1 Z. 2 – Personalkosten für die telefonische Gesundheitsberatung unter der Rufnummer 1450 sowie für telefonische Gesundheitsberatungen mit gleicher Ausrichtung wie die Rufnummer 1450 im Zeitraum März 2020 bis Juni 2023 ◦ §1 Abs. 1 Z. 3 – Barackenspitäler im Zeitraum Dezember 2020 bis März 2022 ◦ §1 Abs. 1 Z. 5 – Alle im direkten Zusammenhang mit nach Z 2 entstandenen Kosten, wie Infrastrukturkosten sowie Recruiting- und Schulungskosten im Zeitraum von März 2020 bis Juni 2023 ◦ §1 Abs. 1 Z. 6 – für den administrativen Aufwand im Zusammenhang mit nach den Bestimmungen des § 5 und des § 5a Epidemiegesetz 1950 angeordneten und nach der Verordnung gemäß § 5a Epidemiegesetz 1950 durchzuführenden Testungen im Zeitraum von März 2020 bis Juni 2023 ◦ §1a – Bevölkerungsweite Testungen bis 31. März 2022 ◦ davon zusätzliche Überstunden von Gemeindebediensteten - §1a Z 2 ◦ davon Aufwandsentschädigungen, die von den Ländern und Gemeinden an nicht hauptberuflich tätige unterstützende Personen gewährt werden - §1a Z 5 ◦ §1b – Bevölkerungsweite Impfkationen bis Juni 2023 ◦ davon zusätzliche Überstunden von Gemeindebediensteten - §1b Z 3 ◦ §1c – COVID-19-Tests in Apotheken, Aufwand der Krankenfürsorgeanstalten bis 31. März 2022 ◦ §1d – Abgabe COVID-19-Selbsttests, Aufwand der Krankenfürsorgeanstalten bis 30. Juni 2023

	◦ §1e – Mehraufwand Rettungs- und Krankentransportdienste bis 31. Dezember 2022 ◦ §1f - Außerordentliche Zuwendungen (500 € Boni)																																										
Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2024 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes gemäß COVID-19-Zweckzuschussgesetz getätigt (Beträge in €): <table><tr><td></td><td>Vormonate</td><td>April 2024</td></tr><tr><td>§1 Abs. 1 Z. 1 – Schutzausrüstung</td><td>535.077,23</td><td>-1.778.315,43</td></tr><tr><td>§1 Abs. 1 Z. 2 – Personalkosten 1450 und Ähnliche</td><td>0,00</td><td>164.552,59</td></tr><tr><td>§1 Abs. 1 Z. 3 – Barackenspitäler</td><td>6.563,16</td><td>147.072,81</td></tr><tr><td>§1 Abs. 1 Z. 5 – Im direkten Zusammenhang mit nach Z 2 entstandene Kosten</td><td>0,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>§1 Abs. 1 Z. 6 – Administrativer Aufwand im Zusammenhang mit § 5 EpiG Testungen</td><td>1.635.992,73</td><td>-336.517,21</td></tr><tr><td>§1a – Bevölkerungsweite Testungen</td><td>1.567.246,30</td><td>842.084,35</td></tr><tr><td>§1b – Bevölkerungsweite Impfkationen</td><td>6.112.387,19</td><td>504.111,95</td></tr><tr><td>§1c – COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)</td><td>0,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>§1d – Abgabe COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)</td><td>0,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>§1e – Mehraufwand Rettungsorganisationen</td><td>3.780,00</td><td>-112.595,00</td></tr><tr><td>§1f – Außerordentliche Zuwendungen (500 € Boni)</td><td>0,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>Summe</td><td>9.861.046,61</td><td>-569.605,94</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">9.291.440,67</td></tr></table> Der Minusbetrag im April 2024 ist auf Rücküberweisungen des Bundeslandes Tirol zurückzuführen. Zusätzlich sind zu diesen Beträgen 3.066,00 € an Kosten für die externe Prüfung der Abrechnungen der Länder durch die Buchhaltungsagentur des Bundes für das Jahr 2024 hinzuzurechnen.		Vormonate	April 2024	§1 Abs. 1 Z. 1 – Schutzausrüstung	535.077,23	-1.778.315,43	§1 Abs. 1 Z. 2 – Personalkosten 1450 und Ähnliche	0,00	164.552,59	§1 Abs. 1 Z. 3 – Barackenspitäler	6.563,16	147.072,81	§1 Abs. 1 Z. 5 – Im direkten Zusammenhang mit nach Z 2 entstandene Kosten	0,00	0,00	§1 Abs. 1 Z. 6 – Administrativer Aufwand im Zusammenhang mit § 5 EpiG Testungen	1.635.992,73	-336.517,21	§1a – Bevölkerungsweite Testungen	1.567.246,30	842.084,35	§1b – Bevölkerungsweite Impfkationen	6.112.387,19	504.111,95	§1c – COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)	0,00	0,00	§1d – Abgabe COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)	0,00	0,00	§1e – Mehraufwand Rettungsorganisationen	3.780,00	-112.595,00	§1f – Außerordentliche Zuwendungen (500 € Boni)	0,00	0,00	Summe	9.861.046,61	-569.605,94	Gesamt	9.291.440,67	
	Vormonate	April 2024																																									
§1 Abs. 1 Z. 1 – Schutzausrüstung	535.077,23	-1.778.315,43																																									
§1 Abs. 1 Z. 2 – Personalkosten 1450 und Ähnliche	0,00	164.552,59																																									
§1 Abs. 1 Z. 3 – Barackenspitäler	6.563,16	147.072,81																																									
§1 Abs. 1 Z. 5 – Im direkten Zusammenhang mit nach Z 2 entstandene Kosten	0,00	0,00																																									
§1 Abs. 1 Z. 6 – Administrativer Aufwand im Zusammenhang mit § 5 EpiG Testungen	1.635.992,73	-336.517,21																																									
§1a – Bevölkerungsweite Testungen	1.567.246,30	842.084,35																																									
§1b – Bevölkerungsweite Impfkationen	6.112.387,19	504.111,95																																									
§1c – COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)	0,00	0,00																																									
§1d – Abgabe COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)	0,00	0,00																																									
§1e – Mehraufwand Rettungsorganisationen	3.780,00	-112.595,00																																									
§1f – Außerordentliche Zuwendungen (500 € Boni)	0,00	0,00																																									
Summe	9.861.046,61	-569.605,94																																									
Gesamt	9.291.440,67																																										

Kosten COVID-19-Zweckzuschussgesetz 2024

2024 - gesamt Zweckzuschussgesetz

Gesamtübersicht Zahlungen COVID-Kosten alle Bundesländer 2024 (Beträge in €)										
Zahlungen gemäß Zweckzuschussgesetz	Wien	Salzburg	Oberösterreich	Niederösterreich	Burgenland	Steiermark	Kärnten	Tirol	Vorarlberg	Österreich
§1 Abs. 1 Z1 Schutzausrüstung	4.278,25	-169.010,89	0,00	0,00	111.415,05	552.077,92	36.316,90	-2.101.424,71	323.109,28	-1.243.238,20
§1 Abs. 1 Z2 Personalkosten 1450	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	164.552,59	164.552,59
§1 Abs. 1 Z3 Barackenspitäler	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	6.563,16	0,00	147.072,81	153.635,97
§1 Abs. 1 Z5 Kosten izH mit 1450	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
§1 Abs. 1 Z6 Administrativer Aufwand izH mit §5 EpiG Untersuchungen	13.508,10	0,00	0,00	1.597.227,52	139.089,12	0,00	0,00	0,00	-450.349,22	1.299.475,52
Testungen - gesamt	10.500,00	0,00	0,00	1.266.154,22	226.494,62	0,00	64.097,46	5.380,00	836.704,35	2.409.330,65
davon:										
§1a Z1 bevölkerungsweite Testungen: Kosten (ohne Überstunden und Aufwandsentschädigungen)	10.500,00	0,00	0,00	1.266.154,22	226.494,62	0,00	64.097,46	5.380,00	836.704,35	2.409.330,65
§1a Z2 bevölkerungsweite Testungen: zusätzliche Überstunden von Gemeindebediensteten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
§1a Z5 bevölkerungsweite Testungen: Aufwandsentschädigungen Freiwillige	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Impfstellen - gesamt	5.912.575,07	927,50	0,00	354.567,18	4.590,00	13.988,61	198.177,42	-341.412,63	473.085,99	6.616.499,14
davon:										
§1b > §1a Z1 Impfstellen: Kosten ohne Überstunden	5.912.575,07	927,50	0,00	354.567,18	4.590,00	13.988,61	198.177,42	-341.412,63	473.085,99	6.616.499,14
§1b > §1a Z2 Impfstellen: zusätzliche Überstunden von Gemeindebediensteten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
§1b > §1a Z5 Impfstellen Aufwandsentsch. Freiwillige	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
§1c COVID-19-Tests in Apotheken, KFA	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
§1d COVID-19-Selbsttest, Abgabe in Apotheken, KFA	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
§1e Mehraufwand Rettungsorganisationen	0,00	0,00	0,00	0,00	3.780,00	0,00	0,00	-148.505,00	35.910,00	-108.815,00
§ 1f Ao. Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Zahlungen 2024	5.940.861,42	-168.083,39	0,00	3.217.948,92	485.368,79	566.066,53	305.154,94	-2.585.962,34	1.530.085,80	9.291.440,67

Titel	Impffinanzierungsgesetz (DB 24.01.01.00)											
Im BFG 2024 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	10.000.000,00 € veranschlagt (gesamthaft veranschlagt für sämtliche Zahlungen im Zusammenhang mit dem Zweckzuschussgesetz und Impffinanzierungsgesetz) 532.560,00 € im Jahr 2023 ausbezahlt											
Beschreibung der Maßnahmen	Schon bisher wurden die Länder durch die Leistung von Zweckzuschüssen nach dem COVID-19-Zweckzuschussgesetz vom Bund in großem Umfang finanziell unterstützt. Aufgrund des Auslaufens des COVID-19-Zweckzuschussgesetz mit Ablauf des 30. Juni 2023 wurden mit dem Bundesgesetz über Zweckzuschüsse an Länder und Gemeinden für die Durchführung der Corona-Schutzimpfung (COVID-19-Impffinanzierungsgesetz) die Länder weiter bei der Abwicklung der Corona-Schutzimpfung durch Zweckzuschüsse unterstützt. Im Sinn einer kosteneffizienten Durchführung der Impfungen erfolgt ab dem 1.7.2023 der Ersatz der Aufwendungen mittels Fallpauschalen. Das gewährt den Ländern weitestgehende Flexibilität hinsichtlich der Auswahl der Durchführungsmöglichkeiten. Grundlage: COVID-19-Impffinanzierungsgesetz BGBl. I Nr. 69/2023											
Materielle Auswirkungen	Da es sich beim COVID-19-Impffinanzierungsgesetz um eine finanzausgleichsrechtliche Regelung handelt, beziehen sich die Kostenersätze lediglich auf COVID-19-Impfungen, die im Auftrag der Länder oder Gemeinden oder direkt von diesen durchgeführt werden. Der Bund leistet Zweckzuschüsse an die Länder und Gemeinden für die Durchführung der COVID-19-Impfungen in der Höhe von 20 € pro nachweislich verabreichter Impfung. Bisher wurde vom Bund die Durchführung von 19.720 Impfungen finanziert.											
Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2024 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes gemäß Impffinanzierungsgesetz getätigt (Beträge in €): <table><tr><td></td><td>Vormonate</td><td>April 2024</td></tr><tr><td>Summe</td><td>353.800,00</td><td>40.600,00</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">394.400,00</td></tr></table>				Vormonate	April 2024	Summe	353.800,00	40.600,00	Gesamt	394.400,00	
	Vormonate	April 2024										
Summe	353.800,00	40.600,00										
Gesamt	394.400,00											

Titel	Tests in Apotheken, ärztlichen Hausapotheken und im niedergelassenen Bereich an <u>asymptomatischen Personen</u> gem. ASVG und Parallelgesetzen (DB 24.02.03.00)															
Im BFG 2024 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	88.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)															
Beschreibung der Maßnahmen	Gemäß §§ 742a ASVG, 380a GSVG, 374a BSVG und 261a B-KUVG sind die öffentlichen Apotheken (bzw. nach entsprechenden Novellen in weiterer Folge auch Ärzt:innen mit Hausapotheken und Vertragsärzt:innen im niedergelassenen Bereich, Vertragsgruppenpraxen und Vertragsambulatorien sowie nach der letzten Novelle seit September 2022 nur noch Vertragsärzt:innen, Vertragsgruppenpraxen bzw. Primärversorgungseinheiten und Vertragsambulatorien und das nur noch unter konkreten Voraussetzungen) berechtigt, COVID-19-Test durchzuführen. Für die Durchführung eines Tests bezahlt der Krankenversicherungsträger ein pauschales Honorar iHv. 25 €, womit auch Material, Auswertung, Dokumentation und die Ausstellung eines Ergebnismachweises abgedeckt sind. Der Bund hat dem Krankenversicherungsträger die daraus resultierenden Aufwendungen aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds zu ersetzen. Die Maßnahme ist mit 30.06.2023 außer Kraft getreten. Gesetzliche Grundlage: § 742a ASVG, § 380a GSVG, § 374a BSVG und § 261a B-KUVG															
Materielle Auswirkungen	In Apotheken, ärztlichen Hausapotheken und im niedergelassenen Bereich an asymptomatischen Personen durchgeführte und bis zum Monatsende des Berichtszeitraums vom BMSGPK erstattete Tests: <table><tr><td>Träger</td><td>Zeitraum</td><td>Fallzahl</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>02/2021-03/2022 09/2022-08/2023</td><td>37.121.762</td></tr><tr><td>BVAEB</td><td>02/2021-03/2022 09/2022-10/2023</td><td>4.205.615</td></tr><tr><td>SVS</td><td>02/2021-03/2022 09/2022-06/2023</td><td>3.264.346</td></tr><tr><td colspan="2">Gesamt</td><td>44.591.723</td></tr></table>	Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	02/2021-03/2022 09/2022-08/2023	37.121.762	BVAEB	02/2021-03/2022 09/2022-10/2023	4.205.615	SVS	02/2021-03/2022 09/2022-06/2023	3.264.346	Gesamt		44.591.723
Träger	Zeitraum	Fallzahl														
ÖGK	02/2021-03/2022 09/2022-08/2023	37.121.762														
BVAEB	02/2021-03/2022 09/2022-10/2023	4.205.615														
SVS	02/2021-03/2022 09/2022-06/2023	3.264.346														
Gesamt		44.591.723														

Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2024 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt (Beträge in €):	
	Vormonate	April 2024
ÖGK	636.047,50	0,00
BVAEB	378,75	0,00
SVS	256.565,25	0,00
Summe	892.991,50	0,00
Gesamt	892.991,50	

Titel	Tests im niedergelassenen Bereich an <u>symptomatischen Patienten</u> gem. ASVG und Parallelgesetze (DB 24.02.03.00)															
Im BFG 2024 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	88.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)															
Beschreibung der Maßnahmen	Gemäß §§ 742 ASVG, 380 GSVG, 374 BSVG und 261 B-KUVG sind die im niedergelassenen Bereich tätigen Vertragsärzt:innen, Vertragsgruppenpraxen sowie die selbständigen Vertragsambulatorien für Labormedizin für die Dauer der durch die WHO ausgerufenen COVID-19-Pandemie unter den in der entsprechenden Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz genannten Voraussetzungen (BGBl. I Nr. 69/2023) berechtigt, COVID-19-Tests durchzuführen. Für das Material, die Probenentnahme, die Auswertung eines Antigentests und die dazugehörige Dokumentation hat der Krankenversicherungsträger ein pauschales Honorar zu bezahlen. Die ausbezahlten Honorare werden dem Krankenversicherungsträger durch den Bund aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds ersetzt. Die Maßnahme ist mit 31.03.2024 außer Kraft getreten. Gesetzliche Grundlage: § 742 ASVG															
Materielle Auswirkungen	Im niedergelassenen Bereich durchgeführte und bis zum Monatsende des Berichtszeitraums vom BMSGPK erstattete Tests: <table><tr><td>Träger</td><td>Zeitraum</td><td>Fallzahl</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>4.Qu.2020 – 3.Qu.2023</td><td>4.013.292</td></tr><tr><td>BVAEB</td><td>4.Qu.2020 – 3.Qu.2023</td><td>397.444</td></tr><tr><td>SVS</td><td>4.Qu.2020 – 3.Qu.2023</td><td>238.015</td></tr><tr><td colspan="2">Gesamt</td><td>4.648.751</td></tr></table>	Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	4.Qu.2020 – 3.Qu.2023	4.013.292	BVAEB	4.Qu.2020 – 3.Qu.2023	397.444	SVS	4.Qu.2020 – 3.Qu.2023	238.015	Gesamt		4.648.751
Träger	Zeitraum	Fallzahl														
ÖGK	4.Qu.2020 – 3.Qu.2023	4.013.292														
BVAEB	4.Qu.2020 – 3.Qu.2023	397.444														
SVS	4.Qu.2020 – 3.Qu.2023	238.015														
Gesamt		4.648.751														

Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2024 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt (Beträge in €):	
	Vormonate	April 2024
ÖGK	0,00	0,00
BVAEB	1.138.150,00	0,00
SVS	665.635,00	0,00
Summe	1.803.785,00	0,00
Gesamt	1.803.785,00	

Titel	Abgabe von Tests zur Eigenanwendung gem. ASVG und Parallelgesetzen (DB 24.02.03.00)																					
Im BFG 2024 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	88.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)																					
Beschreibung der Maßnahmen	Gemäß §§ 742b ASVG, 380b GSVG, 374b BSVG und 261b B-KUVG sind die öffentlichen Apotheken berechtigt, auf Rechnung des Krankenversicherungsträgers SARS-CoV-2-Antigentests zur Eigenanwendung an bezugsberechtigte Personen abzugeben. Der Krankenversicherungsträger hat pro abgegebener Packung (beinhaltet jeweils 5 Tests, von Juni bis Oktober 2021 jeweils 10 Tests, Beschaffung durch den Bund, Bedeckung durch DB 24.01.01) ein pauschales Honorar iHv. 10 € zu bezahlen. Der Bund hat dem Krankenversicherungsträger die daraus resultierenden Aufwendungen aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds zu ersetzen. Die Berichterstattung bezieht sich auf den Zeitraum von Einführung der Maßnahme im März 2021 bis Oktober 2021 (Auslaufen der Maßnahme), sowie auf den Zeitraum ab April 2022 (Wiedereinführung). Die Maßnahme ist mit 30.06.2023 außer Kraft getreten. Gesetzliche Grundlage: §§ 742b ASVG, 380b GSVG, 374b BSVG und 261b B-KUVG																					
Materielle Auswirkungen	Von Apotheken abgegebene und bis zum Monatsende des Berichtszeitraums vom BMSGPK erstattete Tests zur Eigenanwendung: <table><tr><td>Träger</td><td>Zeitraum</td><td>Fallzahl</td></tr><tr><td rowspan="2">ÖGK</td><td>03/2021 - 10/2021</td><td>12.716.388</td></tr><tr><td>04/2022 - 06/2023</td><td>9.845.649</td></tr><tr><td rowspan="2">BVAEB</td><td>03/2021 - 10/2021</td><td>1.603.217</td></tr><tr><td>04/2022 - 06/2023</td><td>1.447.531</td></tr><tr><td rowspan="2">SVS</td><td>03/2021 - 10/2021</td><td>1.362.435</td></tr><tr><td>04/2022 - 05/2023</td><td>981.749</td></tr><tr><td colspan="2">Gesamt</td><td>27.956.969</td></tr></table>	Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	03/2021 - 10/2021	12.716.388	04/2022 - 06/2023	9.845.649	BVAEB	03/2021 - 10/2021	1.603.217	04/2022 - 06/2023	1.447.531	SVS	03/2021 - 10/2021	1.362.435	04/2022 - 05/2023	981.749	Gesamt		27.956.969
Träger	Zeitraum	Fallzahl																				
ÖGK	03/2021 - 10/2021	12.716.388																				
	04/2022 - 06/2023	9.845.649																				
BVAEB	03/2021 - 10/2021	1.603.217																				
	04/2022 - 06/2023	1.447.531																				
SVS	03/2021 - 10/2021	1.362.435																				
	04/2022 - 05/2023	981.749																				
Gesamt		27.956.969																				

Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2024 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt (Beträge in €):	
	Vormonate	April 2024
ÖGK	3.181,50	0,00
BVAEB	292,90	0,00
SVS	282,80	0,00
Summe	3.757,20	0,00
Gesamt	3.757,20	

Titel	Covid-19-Impfungen im niedergelassenen Bereich gem. ASVG und Parallelgesetze (DB 24.02.03.00)																		
Im BFG 2024 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	88.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)																		
Beschreibung der Maßnahmen	Die im niedergelassenen Bereich tätigen Ärzt:innen, Gruppenpraxen bzw. Primärversorgungseinheiten sowie die selbstständigen Ambulatorien sind berechtigt, Impfungen gegen SARS-CoV-2 mit dem vom Bund zur Verfügung gestellten und finanzierten Impfstoff auf Rechnung der Krankenversicherungsträger (ÖGK, SVS, BVAEB) durchzuführen. Das durch Verordnung des BMSGPK festgelegte pauschalierte Honorar in Höhe von 15 € (seit 01.07.2023; BGBl. I Nr. 69/2023) für die Durchführung der Impfung sowie für die jeweilige Dokumentation ist von dem jeweils zuständigen Krankenversicherungsträger zu bezahlen und durch den Bund aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds zu ersetzen. Vor dem 01.07.2023 wurden die tatsächlich angefallenen Aufwendungen der Träger aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds ersetzt. Gesetzliche Grundlage: § 747 ASVG, § 384 GSVG, § 378 BSVG und § 263B-KUVG																		
Materielle Auswirkungen	Im niedergelassenen Bereich durchgeführte und bis zum Monatsende des Berichtszeitraums vom BMSGPK erstattete Impfungen: <table><tr><td>Träger</td><td>Zeitraum</td><td>Fallzahl</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>1.Qu.2021 – 3.Qu.2023</td><td>4.992.746</td></tr><tr><td>BVAEB</td><td>1.Qu.2021 – 3.Qu.2023</td><td>831.455</td></tr><tr><td>SVS</td><td>1.Qu.2021 – 3.Qu.2023</td><td>754.580</td></tr><tr><td colspan="2">Gesamt</td><td>6.578.781</td></tr></table>	Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	1.Qu.2021 – 3.Qu.2023	4.992.746	BVAEB	1.Qu.2021 – 3.Qu.2023	831.455	SVS	1.Qu.2021 – 3.Qu.2023	754.580	Gesamt		6.578.781			
Träger	Zeitraum	Fallzahl																	
ÖGK	1.Qu.2021 – 3.Qu.2023	4.992.746																	
BVAEB	1.Qu.2021 – 3.Qu.2023	831.455																	
SVS	1.Qu.2021 – 3.Qu.2023	754.580																	
Gesamt		6.578.781																	
Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2024 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt (Beträge in €): <table><tr><td></td><td>Vormonate</td><td>April 2024</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>0,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>BVAEB</td><td>125.810,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>SVS</td><td>509.955,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>Summe</td><td>635.765,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">635.765,00</td></tr></table>		Vormonate	April 2024	ÖGK	0,00	0,00	BVAEB	125.810,00	0,00	SVS	509.955,00	0,00	Summe	635.765,00	0,00	Gesamt	635.765,00	
	Vormonate	April 2024																	
ÖGK	0,00	0,00																	
BVAEB	125.810,00	0,00																	
SVS	509.955,00	0,00																	
Summe	635.765,00	0,00																	
Gesamt	635.765,00																		

Titel	Honorar Ausdruck Impfpass/Impfzertifikat (DB 24.02.03.00)																		
Im BFG 2024 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	88.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)																		
Beschreibung der Maßnahmen	Gemäß §§ 747 (2b) ASVG, 384 (2a) GSVG, 378 (2a) BSVG und 263 (2a) B-KUVG ist vorgesehen, dass die zuständigen Krankenversicherungsträger (ÖGK, SVS, BVAEB,) den im niedergelassenen Bereich tätigen Ärztinnen und Ärzten, den Gruppenpraxen, den Primärversorgungseinheiten, den selbständigen Ambulatorien (Leistungserbringer:innen) und den öffentlichen Apotheken unter bestimmten Voraussetzungen für Ausdrücke aus dem Elektronischen Impfpass bzw. Ausstellungen eines Impfzertifikats nach § 4e Abs. 4 Epidemiegesetz 1950 ein Honorar von 3 € bezahlen. Die Maßnahme ist mit 30.06.2023 außer Kraft getreten.																		
Materielle Auswirkungen	Bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes erstattete Ausdrücke aus dem e-Impfpass/Impfzertifikate: <table><tr><td>Träger</td><td>Zeitraum</td><td>Fallzahl</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>2.Qu. 2021 – 3.Qu. 2023</td><td>4.563.901</td></tr><tr><td>SVS</td><td>2.Qu. 2021 – 2.Qu. 2023</td><td>409.424</td></tr><tr><td>BVAEB</td><td>2.Qu. 2021 – 3.Qu. 2023</td><td>569.636</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">5.542.961</td></tr></table>	Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	2.Qu. 2021 – 3.Qu. 2023	4.563.901	SVS	2.Qu. 2021 – 2.Qu. 2023	409.424	BVAEB	2.Qu. 2021 – 3.Qu. 2023	569.636	Gesamt	5.542.961				
Träger	Zeitraum	Fallzahl																	
ÖGK	2.Qu. 2021 – 3.Qu. 2023	4.563.901																	
SVS	2.Qu. 2021 – 2.Qu. 2023	409.424																	
BVAEB	2.Qu. 2021 – 3.Qu. 2023	569.636																	
Gesamt	5.542.961																		
Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2024 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt (Beträge in €): <table><tr><td></td><td>Vormonate</td><td>April 2024</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>0,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>SVS</td><td>1.233,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>BVAEB</td><td>120,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>Summe</td><td>1.353,00</td><td>0,00</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">1.353,00</td></tr></table>		Vormonate	April 2024	ÖGK	0,00	0,00	SVS	1.233,00	0,00	BVAEB	120,00	0,00	Summe	1.353,00	0,00	Gesamt	1.353,00	
	Vormonate	April 2024																	
ÖGK	0,00	0,00																	
SVS	1.233,00	0,00																	
BVAEB	120,00	0,00																	
Summe	1.353,00	0,00																	
Gesamt	1.353,00																		

Titel	Elektronischer Impfpass Software Implementierung (DB 24.02.03.00)									
Im BFG 2024 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	88.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)									
Beschreibung der Maßnahmen	Um die Erfassung der durchgeführten Impfungen im Elektronischen Impfpass nutzerfreundlich zu gestalten und dabei auf breite Mitwirkung der Ärzteschaft zu setzen, mussten die unterschiedlichen, bereits bestehenden Softwaresysteme im niedergelassenen Bereich entsprechend adaptiert werden. Die Kosten für die Softwareimplementierung werden vom Bund übernommen. Jene Ärztinnen und Ärzte, Gruppenpraxen, selbstständigen Ambulatorien, die in einem Vertragsverhältnis zu einem Krankenversicherungsträger stehen, sowie Primärversorgungseinheiten und öffentliche Apotheken erhalten die ausgewiesenen tatsächlichen Kosten, die für die Implementierung der für den Elektronischen Impfpass notwendigen Software sowie die Anschaffung eines Scanners angefallen sind, gegen entsprechenden Nachweis durch die Österreichische Gesundheitskasse ersetzt. Dies gilt auch für jene Wahlärztinnen und Wahlärzte bzw. Wahl-Gruppenpraxen, die am 31. Dezember 2020 an das e-card-System angebunden waren. Die ersetzbaren Kosten sind mit maximal 1.300 € begrenzt. Die Maßnahme ist mit 30.06.2023 außer Kraft getreten. Gesetzliche Grundlage: § 748 ASVG									
Materielle Auswirkungen	Refundierte Softwareimplementierungen: <table><tr><td>Träger</td><td>Zeitraum</td><td>Fallzahl</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>1. Qu.2021- 2.Qu. 2023</td><td>5.544</td></tr><tr><td colspan="2">Gesamt</td><td>5.544</td></tr></table>	Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	1. Qu.2021- 2.Qu. 2023	5.544	Gesamt		5.544
Träger	Zeitraum	Fallzahl								
ÖGK	1. Qu.2021- 2.Qu. 2023	5.544								
Gesamt		5.544								
Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden 2024 bis zum Monatsende des Berichts-Zeitraumes getätigt (Beträge in €): <table><tr><td></td><td>Vormonate</td><td>April 2024</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>90.913,09</td><td>0,00</td></tr><tr><td>Summe</td><td colspan="2">90.913,09</td></tr></table>		Vormonate	April 2024	ÖGK	90.913,09	0,00	Summe	90.913,09	
	Vormonate	April 2024								
ÖGK	90.913,09	0,00								
Summe	90.913,09									

Titel	Beschaffung von Schutzausrüstung gem. ASVG und Parallelgesetze (DB 24.02.03.00)
Im BFG 2024 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	88.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)
Beschreibung der Maßnahmen	Gem. § 741 ASVG ist die ÖGK für die Dauer der COVID-19-Pandemie verpflichtet, für die Leistungserbringung diverser Berufsgruppen im Gesundheits- und Pflegebereich die zur Aufrechterhaltung der medizinischen Versorgung notwendigen Produkte zu beschaffen und diese den jeweiligen gesetzlichen bzw. beruflichen Interessenvertretungen zur Verteilung zur Verfügung zu stellen. Der Bund hat der Österreichischen Gesundheitskasse die ausgewiesenen tatsächlichen Kosten für die beschafften Produkte sowie die Kosten für die notwendige Logistik und Lagerhaltung aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds zu ersetzen. Die Maßnahme ist mit 30.06.2023 außer Kraft getreten. Gesetzliche Grundlage: § 741 ASVG
Materielle Auswirkungen	Von der ÖGK wurde im November und Dezember 2020 Schutzausrüstung im Wert von 4,1 Mio. € beschafft, darunter • 4,6 Mio. Atemschutzmasken, • 2,5 Mio. Schürzen, Schutzmäntel und Schutzoveralls, • 0,08 Mio. Stück Gesamtgesichtsschutz bzw. Schutzbrillen, • 17,3 Mio. Stück OP-Ausrüstung (OP-Handschuhe, OP-Überschuhe, OP-Schutzmasken und OP-Hauben), • 0,3 Mio. Einheiten Desinfektionsmittel unterschiedlichster Anwendungsbereiche (Flächen, Instrumente, Hände) und • 0,008 Mio. Hygiene-Schutzsets. Von Jänner bis Dezember 2021 wurde beschafft: • 25,9 Mio. Atemschutzmasken, • 26,8 Mio. Schürzen, Schutzmäntel und Schutzoveralls, • 0,4 Mio. Stück Gesamtgesichtsschutz bzw. Schutzbrillen, • 9,0 Mio. Stück OP-Ausrüstung (OP-Handschuhe, OP-Überschuhe, OP-Schutzmasken und OP-Hauben), • 187 Mio. Untersuchungshandschuhe, • 1,0 Mio. Einheiten Desinfektionsmittel unterschiedlichster Anwendungsbereiche (Flächen, Instrumente, Hände) und • 0,4 Mio. Hygiene-Schutzsets.

Materielle Auswirkungen	Von Jänner bis Dezember 2022 wurde beschafft: • 9,2 Mio. Atemschutzmasken, • 39.000 Stück OP-Ausrüstung (OP-Handschuhe, OP-Überschuhe, OP-Schutzmasken und OP-Hauben), • 59 Mio. Untersuchungshandschuhe, • 130.000 Einheiten Desinfektionsmittel unterschiedlichster Anwendungsbereiche (Flächen, Instrumente, Hände). Von Jänner bis Juni 2023 wurde beschafft: • 3 Mio. Atemschutzmasken, • 1.500 Schürzen, Schutzmäntel und Schutzoveralls, • 19.000 Stück OP-Ausrüstung (OP-Handschuhe, OP-Überschuhe, OP-Schutzmasken und OP-Hauben), • 28,3 Mio. Untersuchungshandschuhe, • 31.930 Einheiten Desinfektionsmittel unterschiedlichster Anwendungsbereiche (Flächen, Instrumente, Hände).									
Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden 2024 bis zum Monatsende des Berichts-Zeitraumes getätigt (Beträge in €): <table><tr><td></td><td>Vormonate</td><td>April 2024</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>35.528,40</td><td>0,00</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">35.528,40</td></tr></table>		Vormonate	April 2024	ÖGK	35.528,40	0,00	Gesamt	35.528,40	
	Vormonate	April 2024								
ÖGK	35.528,40	0,00								
Gesamt	35.528,40									

Titel	COVID-19 Arzneimittel, Beratung im niedergelassenen Bereich gem. ASVG und Parallelgesetze (DB 24.02.03.00)															
Im BFG 2024 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	88.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)															
Beschreibung der Maßnahmen	Gemäß §§ 742c (2) ASVG, 380c (2) GSVG, 374c (2) BSVG und 261c (2) B-KUVG hat der Krankenversicherungsträger den im niedergelassenen Bereich tätigen Vertragsärztinnen und Vertragsärzten, Vertragsgruppenpraxen sowie Primärversorgungseinheiten für jede Beratung einer in der Krankenversicherung anspruchsberechtigten Person im Zusammenhang mit einem Heilmittel zur Behandlung von COVID-19 ein pauschales Honorar in Höhe von zwölf Euro zu bezahlen. Der Bund hat der Versicherungsanstalt die daraus resultierenden Aufwendungen aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds zu ersetzen. Die Maßnahme ist mit 30.06.2023 außer Kraft getreten. Gesetzliche Grundlage: §§ 742c (2) ASVG, 380c (2) GSVG, 374c (2) BSVG und 261c (2) B-KUVG															
Materielle Auswirkungen	Von Vertragspartnern durchgeführte und bis zum Monatsende des Berichtszeitraums vom BMSGPK erstattete Beratungsgespräche: <table><tr><td>Träger</td><td>Zeitraum</td><td>Fallzahl</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>09/2022 – 06/2023</td><td>436.246</td></tr><tr><td>BVAEB</td><td>09/2022 - 06/2023</td><td>51.484</td></tr><tr><td>SVS</td><td>09/2022 - 06/2023</td><td>27.628</td></tr><tr><td colspan="2">Gesamt</td><td>515.358</td></tr></table>	Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	09/2022 – 06/2023	436.246	BVAEB	09/2022 - 06/2023	51.484	SVS	09/2022 - 06/2023	27.628	Gesamt		515.358
Träger	Zeitraum	Fallzahl														
ÖGK	09/2022 – 06/2023	436.246														
BVAEB	09/2022 - 06/2023	51.484														
SVS	09/2022 - 06/2023	27.628														
Gesamt		515.358														
Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2024 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt (Beträge in €): <table><tr><td></td><td>Vormonate</td><td>April 2024</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>1.131.083,28</td><td>0,00</td></tr><tr><td>BVAEB</td><td>205,02</td><td>0,00</td></tr><tr><td>SVS</td><td>795,96</td><td>0,00</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">1.132.084,26</td></tr></table>		Vormonate	April 2024	ÖGK	1.131.083,28	0,00	BVAEB	205,02	0,00	SVS	795,96	0,00	Gesamt	1.132.084,26	
	Vormonate	April 2024														
ÖGK	1.131.083,28	0,00														
BVAEB	205,02	0,00														
SVS	795,96	0,00														
Gesamt	1.132.084,26															

Titel	Impfkampagne (DB 24.03.01.00)
Im BFG 2024 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	48.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für sämtliche Zahlungen im Zusammenhang mit den Corona Impfstoffen)
Beschreibung der Maßnahmen	Bis zum 30.06.2022 wurde die Impfkampagne des Bundes über die UG 10 finanziert und vom Bundeskanzleramt abgewickelt. Aufgrund interner Vereinbarungen wird die Impfkampagne des Bundes ab 01.07.2022 vom BMSGPK betreut und finanziert.
Materielle Auswirkungen	Die Mittel des COVID 19-Fonds werden für eine umfassende Informationsinitiative der österreichischen Bundesregierung (in Abstimmung mit dem Roten Kreuz) zur Situation rund um das Corona-Virus (COVID-19) eingesetzt, die im März 2020 gestartet wurde. Erklärtes Ziel dieser Initiative war eine möglichst breitenwirksame und reichweitenstarke Kommunikation der von den Bürgerinnen und Bürgern zu setzenden Maßnahmen und der von ihnen einzuhaltenden Empfehlungen der Bundesregierung, um in Österreich eine Bewältigung der mit dem Virus verbundenen Krise erreichen zu können. Zur Erfüllung der genannten Ziele wurden tagesaktuelle Medien unterschiedlicher Art (Print,- Online-, audiovisuelle Medien etc.), ergänzt um Spezialmedien für einzelne relevante Zielgruppen-Segmente für Schaltungen genutzt. Die Planung der einzelnen Schaltungen hatte – jeweils in Abhängigkeit der sich aufgrund der schnellen Verbreitung des Virus laufend ändernden Situation – flexibel und stets auf Basis der in der konkreten Situation erforderlichen Inhalte zu erfolgen. Die Erarbeitung und Umsetzung der entsprechenden Schaltpläne, die rund um das Thema COVID ein laufendes Update der inhaltlichen Botschaften enthielten, erfolgte durch die Mediaagentur Wavemaker bzw. durch die Agentur MediaCom. Je nach Zielgruppe sind laufend unterschiedliche Aktivitäten in verschiedensten Medienformaten erfolgt (z.B. Print, Online, Social Media, TV, Radio etc.). Generell wurden drei „Hauptzielgruppen“ unterschieden: 1. Österreichische Gesamtbevölkerung (Erw. 18+), breite Öffentlichkeit: Information über aktuelle Maßnahmen, Handlungsanweisungen und Aufruf zu verantwortungsvollem Handeln 2. Ältere Risikogruppe (Erw. 60+), Erwachsene ab ca. 60 Jahren: Maßnahmen zum Schutz vor Ansteckung und Vermittlung des insbesondere für sie bestehenden Risikos

	3. Junge Erwachsene (Millenials 20 – 35 Jahre): Appell an die eigene Verantwortung und Unterstützung der Mitmenschen und Maßnahmen Die vom BMSGPK finanzierte und betreute Kampagne wurde im Zeitraum von 01. Juli 2022 bis 15. Jänner 2023 geschaltet.									
Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2024 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes rücküberwiesen (Beträge in €): <table><tr><td></td><td>Vormonate</td><td>April 2024</td></tr><tr><td>Summe</td><td>-2.381,94</td><td>0,00</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">-2.381,94</td></tr></table> Bei der Rücküberweisung handelt es sich um eine Gutschrift der ausführenden Agentur.		Vormonate	April 2024	Summe	-2.381,94	0,00	Gesamt	-2.381,94	
	Vormonate	April 2024								
Summe	-2.381,94	0,00								
Gesamt	-2.381,94									

Titel	Impfstofflogistik (DB 24.03.01.00)									
Im BFG 2024 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	48.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für Impfstoffe, Impfstofflogistik und Impfbestock)									
Beschreibung der Maßnahmen	Übernahme, Lagerung und Verteilung von COVID-19 Impfstoffen. Die Beauftragung erfolgte an den österreichischen Pharmagroßhandel. Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz, mit dem zur Abdeckung des Bedarfes zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie Ermächtigungen zur Verfügung über Bundesvermögen erteilt werden, BGBl. I Nr. 135/2020									
Materielle Auswirkungen	Eine erste Beauftragung über die Impfstofflogistik von 6,1 Mio. Dosen wurde über 8,5 Mio. € erteilt. Eine Folgebeauftragung über 23,75 Mio. € im Wege der BBG wurde im Dezember 2021 durchgeführt. Ab dem 01.01.2023 steht eine weitere Folgebeauftragung mit einer Laufzeit bis 31. Mai 2025 und einem Höchstvolumen von 70 Mio. Dosen und maximal Kosten iHv. 36,2 Mio € in Kraft. Es besteht keine Verpflichtung zum tatsächlichen Abruf. Für die ordnungs- und gesetzmäßige Entsorgung wird der Logistikpartner beauftragt, der über Entsorgungsfirmen (Subunternehmer) die sachgerechte Entsorgung organisieren. Das BMSGPK erhält in weiterer Folge Zertifikate, dass die Impfstoffe ordnungsgemäß vom Entsorgungsunternehmen übernommen und vernichtet wurden. Die Entsorgungskosten der Impfstoffe für den Berichtszeitraum betragen rd. 2,070 Mio. €. Die restlichen rd. 0,324 Mio. € wurden für Impfstofflogistikkosten ausbezahlt.									
Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2024 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt (Beträge in €): <table><tr><td></td><td>Vormonate</td><td>April 2024</td></tr><tr><td>Summe</td><td>1.285.549,84</td><td>1.108.898,16</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">2.394.448,00</td></tr></table>		Vormonate	April 2024	Summe	1.285.549,84	1.108.898,16	Gesamt	2.394.448,00	
	Vormonate	April 2024								
Summe	1.285.549,84	1.108.898,16								
Gesamt	2.394.448,00									

Titel	Beschaffung von COVID-19-Arzneimitteln (DB 24.03.01.00)										
Im BFG 2024 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2024 (Bedeckung erfolgt aus Mitteln für Impfstoffe)										
Beschreibung der Maßnahmen	Um den höchstmöglichen Schutz erkrankter Personen zur Verhinderung von schweren Krankheitsverläufen zu gewährleisten, war die Beschaffung von Arzneimitteln gegen Covid-19 als Prophylaxe oder Therapie erforderlich, um dem österreichischen Gesundheitssystem ausreichend COVID-19-Medikation zur Verfügung zu stellen. Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz, mit dem zur Abdeckung des Bedarfes zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie Ermächtigungen zur Verfügung über Bundesvermögen erteilt werden, BGBl. I Nr. 135/2020 idgF.										
Materielle Auswirkungen	Die Beschaffung von folgenden Medikamenten ist vorgesehen bzw. wurde bereits abgeschlossen: • Dosen Paxlovid (Pfizer) • Dosen Lagevrio (MSD) • Dosen Xevudy (GSK) • Dosen Regkirona (Celltrion) • Dosen Evusheld (Astra Zeneca) • Dosen Ronapreve (Roche) Es wurden dazu mehrere bilaterale Verträge zwischen Unternehmen und dem BMSGPK zum Kauf von mehreren hunderttausend Therapiezyklen abgeschlossen. Die konkrete Beschaffung belief sich auf insgesamt 425.250 Therapiezyklen. Aufgrund der Entwicklung der Infektionslage im Herbst 2023 und dem somit zu erwartenden Bedarf an COVID-19 Arzneimitteln im Dezember 2023 und Jänner 2024 hat des BMSGPK zur Versorgung der Bevölkerung mit Pfizer einen Rahmenvertrag zur Beschaffung von bis zu 18.300 Packungen Paxlovid (Paxlovid 150 mg + 100 mg Filmtabletten, PF-07321332 + Ritonavir) abgeschlossen. Von diesem Rahmenvertrag, der per 31.01.2024 endete, wurden insgesamt 17.758 Packungen abgerufen.										
Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden 2024 bis zum Monatsende des Berichts-Zeitraumes getätigt (Beträge in €): <table border="1"> <tr> <td></td><td>Vormonate</td><td>April 2024</td></tr> <tr> <td>Summe</td><td>12.989.245,50</td><td>0,00</td></tr> <tr> <td>Gesamt</td><td colspan="2">12.989.245,50</td></tr> </table>			Vormonate	April 2024	Summe	12.989.245,50	0,00	Gesamt	12.989.245,50	
	Vormonate	April 2024									
Summe	12.989.245,50	0,00									
Gesamt	12.989.245,50										

Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz

Stubenring 1, 1010 Wien

Telefon: +43 1 711 00 – 0

Fax: +43 1 7158258

E-Mail: post@sozialministerium.at

www.sozialministerium.at

